



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Sommersession 2017 • Achte Sitzung • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289
Conseil des Etats • Session d'été 2017 • Huitième séance • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289



16.3289

Motion Imark Christian.

Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbinden

Motion Imark Christian.

Couper court au détournement des deniers publics à des fins de racisme, d'antisémitisme et d'incitation à la haine

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.17

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 13.06.17

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 27.09.17

Antrag der Kommission

Annahme der modifizierten Motion

Proposition de la commission

Adopter la motion modifiée

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt mit 12 zu 1 Stimmen die Annahme der Motion gemäss ihrem Änderungsantrag in Ziffer 4 des Berichtes.

Keller-Sutter Karin (RL, SG), für die Kommission: Am 26. April 2016 hat Nationalrat Imark die Motion 16.3289, "Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbinden", eingereicht. Mit der Motion wird verlangt, dass der Bundesrat durch eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen, also der Gesetze, Verordnungen usw., dafür sorgt, dass die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz nicht an Nichtregierungsorganisationen (NGO) fliessen, welche in rassistische, antisemitische und hetzerische Aktionen oder BDS-Kampagnen – damit sind Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen gemeint – verwickelt sind.

Der Nationalrat hat die Motion am 8. März 2017 mit 111 zu 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat hat die Ablehnung der Motion beantragt und dabei argumentiert, dass das Anliegen des Motionärs im Kern bereits erfüllt sei und keine gesetzlichen Änderungen notwendig seien. Die Aussenpolitik der Schweiz orientiere sich an den Grundsätzen der Respektierung des Völkerrechts, der Friedensförderung und der Stärkung der Zivilgesellschaften. Sie basiere zudem auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Neutralität, des Dialogs, der Solidarität und Verantwortung sowie der Effizienz und Kohärenz. Bundesrat Burkhalter betonte im Nationalrat, dass die Schweiz in keiner Weise Organisationen unterstütze, die zu Hass, Gewalt, Rassismus oder Antisemitismus aufrufen würden. Zudem habe sich die Schweiz nie mit der sogenannten BDS-Bewegung assoziiert und finanziere und unterstütze keine Kampagnen, die zu einem Boykott israelischer Produkte aufrufen.

Die APK unseres Rates hat die Motion am 3. April 2017 vorberaten und dieser in einem geänderten Wortlaut mit 12 zu 1 Stimmen zugestimmt. In den Kommissionsberatungen wurde deutlich, dass die Kommissionsmitglieder das Kernanliegen der Motion, dass die Gelder der öffentlichen Entwicklungshilfe verantwortungsvoll und im Sinne der Schweizer Grundwerte eingesetzt werden, unisono teilen. Die Diskussion hat gezeigt, dass die Kommission die Formulierung der Motion hingegen als wenig zielführend betrachtet.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Sommersession 2017 • Achte Sitzung • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289
Conseil des Etats • Session d'été 2017 • Huitième séance • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289



Für die Kommission ist klar – und da besteht Einstimmigkeit –, dass keine Gelder der Eidgenossenschaft in rassistische, antisemitische und hetzerische Aktionen fliessen dürfen. Sie hat gegenüber dem Bundesrat auch klar deklariert, dass diese Zielsetzung einzuhalten ist. Allerdings ist die Kommission auch der Auffassung, dass bereits heute in der Gesetzgebung eine Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus und Rassismus besteht und dass unsere Gesetze dafür nicht geändert werden müssen. Sie möchte den Bundesrat gleichwohl beauftragen, die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zu überprüfen. Im Bedarfsfall müsste der Bundesrat bei Annahme der Motion entsprechende Änderungen von Gesetzen oder Verordnungen in die Wege leiten. Zudem ist die Kommission der Auffassung, dass das Anliegen der Motion vor dem Hintergrund sämtlicher Aktivitäten der Schweiz in der internationalen Zusammenarbeit zu sehen ist. Deshalb hat sie den Verweis auf Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagnen und den damit verbundenen alleinigen Bezug auf den Nahostkonflikt aus dem Motionstext gestrichen. Die Kommission macht damit deutlich, dass sie in sämtlichen internationalen Beziehungen der Schweiz Rassismus, Antisemitismus und Hetze nicht toleriert. Die Einschränkung auf den Nahostkonflikt entfällt damit.

Die Kommission kommt weiter zum Schluss, dass der zweite Abschnitt des Motionstextes nicht präzise formuliert ist und zu viel Raum für Interpretationen lässt. So wurde die Befürchtung geäussert, die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren könnte stark eingeschränkt werden, denn es werden heute ja auch NGO unterstützt, die regierungskritisch sind. Diese NGO neigen nicht zu Antisemitismus, Rassismus oder Hetze, äussern sich aber in einer regierungskritischen Art und Weise.

Zudem könne die Provokation, so die Argumentation in der Kommission, eines autoritären Staatsoberhauptes nicht Massstab für die Aktivitäten der Schweiz im Ausland sein. Mit anderen Worten: Die Kommission will nicht, dass ein ausländischer Staatschef, der sich möglicherweise provoziert fühlt, darüber entscheidet, wie die Schweiz ihre öffentlichen Gelder in der Entwicklungshilfe einsetzt. Die Schweiz soll nicht zum Spielball werden.

Mit diesen Änderungen hat die Kommission den im Rahmen der Beratung geäusserten Bedenken Rechnung getragen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ein ansehnlicher Teil der Kommission die ursprüngliche Motion klar ablehnte und ein Mitglied der Kommission auch den geänderten Wortlaut ablehnt. Das klare Bekenntnis der Kommission gegen Antisemitismus, Rassismus und Hetze wird mit dem geänderten Wortlaut jedoch klar zum Ausdruck gebracht. Der geänderte Wortlaut hat das Kernanliegen des Motionärs denn auch mehrheitsfähig gemacht. Zudem wurde – ich möchte noch einmal darauf hinweisen – auch klar die Erwartung geäussert, dass der Bund seine Beitragspraxis regelmässig überprüft und Organisationen, die die genannten Zielsetzungen nicht einhalten, nicht unterstützt respektive dass dort die Gelder entzogen werden.

Bundesrat Burkhalter hat sich in der Kommission bereiterklärt, die Motion im geänderten Wortlaut zu unterstützen. Ich danke Ihnen, wenn Sie der APK unseres Rates folgen und der Motion im geänderten Wortlaut zustimmen.

Müller Damian (RL, LU): Ich bitte Sie, die Motion Imark in ihrer ursprünglichen Form abzulehnen und die von der Kommission beantragte Änderung des Motionstextes anzunehmen.

AB 2017 S 470 / BO 2017 E 470

Für mich sind zwei Argumente entscheidend. Erstens ist es schlicht nicht notwendig, die heute geltenden Gesetze im Sinne der Motion zu ändern. Es ist nämlich selbstverständlich und bereits heute Praxis, dass keine öffentlichen Gelder an rassistische, antisemitische oder hetzerische Aktionen fliessen dürfen. Eine Notwendigkeit, das Gesetz zu ändern, besteht somit nicht.

Zweitens, und ich sage dies in aller Deutlichkeit, ist die ursprüngliche Motion nichts anderes als ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Schweizer Aussenpolitik. So enthält die ursprüngliche Motion eine Definition des Begriffs "hetzerische Aktionen", die keinesfalls in ein Gesetz geschrieben werden darf. Gemäss dieser Definition sind unter hetzerischen Aktionen "beispielsweise Kampagnen von NGO zu verstehen, die von rivalisierenden Gruppierungen oder souveränen Staaten als Provokation aufgefasst werden können". Mit dieser Formulierung wäre die Entwicklungszusammenarbeit schlicht nicht mehr möglich. Wieso nicht? Irgendeine Gruppierung wird sich immer daran stören, dass die neutrale und unabhängige Schweiz nicht deren Position und deren Ziele unterstützt. So können gerade von intoleranten, extremistischen und rassistischen Gruppierungen auch Projekte zur Demokratieförderung und zum Schutz der Menschenrechte als Provokation aufgefasst werden. Wenn nun also die Schweiz in ihrer Entwicklungspolitik keine öffentlichen Gelder mehr verwenden darf zur Unterstützung von Projekten, die von irgendeiner Gruppierung als Provokation aufgefasst werden können, wäre es wohl nicht mehr möglich, überhaupt noch in bedeutendem Ausmass entwicklungsrechtlich tätig zu sein.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Sommersession 2017 • Achte Sitzung • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289
Conseil des Etats • Session d'été 2017 • Huitième séance • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289



Unsere Aussenpolitik und unser entwicklungspolitisches Engagement dürfen wir uns weder von rivalisierenden Gruppierungen noch von Staaten diktieren lassen, deren Oberhäuptern Freiheit, Demokratie, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Chancengleichheit und Menschenrechte als lästig erscheinen.

Wenn es nach der Motion Imark ginge, müsste die Schweiz ihr Engagement in Russland, aber auch in der Türkei beenden, wenn die dortigen Regierungen unser entwicklungspolitisches Engagement als Provokation taxieren würden, oder, dies natürlich rein hypothetisch, die Schweiz müsste Projekte zur Eindämmung des Klimawandels einstellen, wenn dies dem aktuellen US-amerikanischen Staatsoberhaupt nicht gefallen würde. Eine unabhängige Aussenpolitik, die sich an den Werten und Zielen unserer Bundesverfassung orientiert, wäre somit nicht mehr möglich.

Deshalb muss die ursprüngliche Motion Imark zum Schutz der Unabhängigkeit unserer Aussenpolitik in aller Deutlichkeit abgelehnt werden. Hingegen unterstütze ich die von der Kommission beantragte Änderung des Motionstextes, die verlangt, dass sichergestellt wird, dass die Gelder der öffentlichen Entwicklungshilfe verantwortungsvoll und im Sinne der schweizerischen Grundwerte eingesetzt werden. Der Kommissionstext verzichtet auf die unnötige Forderung nach einer Gesetzesänderung. Auch enthält der Text der Kommission keine Passagen, welche die Unabhängigkeit unserer Aussenpolitik in irgendeiner Weise einschränken würden. Ich bitte Sie, die Motion im Sinne der Kommission anzunehmen.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Tout d'abord j'aimerais vous remercier pour ce débat, mais surtout pour le travail "unaufgeregt" qui a pu être réalisé dans le cadre de la Commission de politique extérieure du Conseil des Etats sur ce sujet, qui est un sujet important en termes de valeurs et en termes opérationnels; cet aspect nous concerne plus directement, mais je vous en dirai aussi quelques mots.

Nous soutenons, comme cela a été évoqué, la motion telle que l'a proposée la commission, donc le texte modifié de la motion. Nous soutenons ce nouveau texte pour deux raisons principales, qui sont deux raisons différentes mais qui s'additionnent.

La première raison est que la problématique est réelle. Il y a depuis toujours un risque en la matière. Mais, depuis quelque temps, il y a encore plus de risques dans notre monde – je reviendrai peut-être brièvement sur ce sujet, parce que je crois que c'est une réalité qui prend de l'ampleur. Nous devons donc prendre des mesures plus contraignantes, ce que nous faisons. Nous travaillons dans ce sens et ces mesures doivent être prises au plan opérationnel. La motion nous aide à aller dans ce sens.

Par ailleurs, il ne faut pas exagérer non plus. Dans une telle situation, il ne faut pas jeter le bébé avec l'eau du bain. Il ne faut pas, dans un tel débat, abandonner les valeurs suisses, surtout lorsque l'on soutient la démocratie et la société civile, conformément à la Constitution, qui prévoit un soutien à la paix en général, à la démocratie et au travail de la société civile. Ce soutien demande actuellement beaucoup de courage.

Autrement dit, les tensions, en particulier dans les zones qui peuvent être ou sont déjà des foyers de crise, et le potentiel de désinformation dans presque toutes les activités sont tels que l'on est actuellement dans une situation dans laquelle le risque de dérapage a augmenté. Il faut donc tout faire pour que les organisations soutenues par la Suisse – évidemment dans le but de faire avancer les valeurs qui sont celles de notre Constitution, des valeurs auxquelles on fait appel d'ailleurs – utilisent ces moyens exclusivement pour ce qui était convenu et que leur travail ne soit pas, d'une manière ou d'une autre, même indirectement, détourné vers des actions qui peuvent être comprises comme liées à de la violence. En même temps, c'est précisément dans un tel monde qu'il faut se battre pour la société civile. Je crois que c'est le plus important aujourd'hui. Et aujourd'hui, nous parlons de cette motion qui veut cadrer l'action afin d'éviter les dérapages.

Mais, fondamentalement, ce cadrage, qui doit toujours exister, bien évidemment, et qui est un choix politique, doit permettre aussi de réaffirmer le soutien à la société civile. Ce n'est pas forcément à la mode dans le monde actuel, c'est même plutôt l'inverse. On en a parlé il y a relativement peu de temps, puisqu'une grande partie du rapport de politique extérieure de l'année dernière y était consacrée. Tout le Parlement suisse, je crois que l'on peut dire, a ressenti la même chose, bien sûr avec des sensibilités différentes, à savoir que c'était assez vrai, que ces valeurs qui sont fondamentalement suisses – je le répète – subissaient en quelque sorte une érosion. L'espace pour la liberté d'expression se rétrécit. Le rétrécir est relativement facile en s'attaquant à la société civile, en s'attaquant à ceux qui ont des avis qui dérangent.

C'est spécialement ce point – et cela a été dit maintenant par différents intervenants et lors du travail en commission – qui pose problème dans le texte initial de la motion. Dans ce texte, il est dit en quelque sorte que dès qu'un gouvernement se sent remis en cause, provoqué par une organisation – le terme utilisé est "provocation" –, cette organisation ne peut pas être soutenue par la Suisse. Une telle disposition balayerait évidemment toute possibilité pour la société civile de critiquer les gouvernements.

Ce n'est pas forcément quelque chose qui est souhaitable. C'est surtout quelque chose qui va contre le pro-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Sommersession 2017 • Achte Sitzung • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289
Conseil des Etats • Session d'été 2017 • Huitième séance • 13.06.17 • 08h15 • 16.3289



grès. Nous, en Suisse, on le sait très bien; on est habitué à la critique. La critique est absolument nécessaire pour progresser. Cela arrive au moment même, je le répète, où l'on constate la réduction de l'espace d'expression pour la société civile. Il est vraiment important aujourd'hui qu'on marque clairement les limites à ne pas dépasser.

Dans cet esprit et sur la base de la motion de la Commission de politique extérieure, je vous informe que nous allons prendre une série de mesures au niveau opérationnel – c'est en lien avec la motion.

Premièrement, tous les contrats à venir avec les partenaires de la société – tous les contrats sont concernés, pas seulement ceux qui sont liés à une région déterminée – seront encore plus explicites. Il y aura une clause interdisant toute forme de discrimination, de racisme ou d'incitation à la haine. C'est identique à ce que l'on connaît dans les contrats actuels pour la lutte anti-corruption. On est ici en amont du projet, on est en train de définir le contrat; ce n'est pas encore la concrétisation du projet. Le contrat sera très clair sur ce point, plus clair que jusqu'ici, pour toutes les activités de partenariat suisses.

AB 2017 S 471 / BO 2017 E 471

Deuxièmement, nous allons aussi renforcer l'analyse des risques avant toute signature de contrat. On a un outil d'analyse des risques; un des chapitres de l'analyse des risques concerne les risques contextuels et politiques. A notre sens, c'est dans ce domaine qu'il est maintenant nécessaire de s'adapter, compte tenu de l'évolution du monde; nous allons le faire. C'est une action qui intervient toujours en amont du projet.

Nous allons passer en revue la législation et la réglementation dans ce domaine. Le département fera un rapport au Conseil fédéral à ce sujet, et nous ferons des propositions d'adaptation là où cela sera nécessaire. Ensuite, nous poursuivrons le renforcement de tout ce qui concerne la surveillance. Je n'entre pas dans les détails, j'en ai parlé à la commission, il y a toute une série d'étapes. Nous allons encore renforcer cela, compte tenu, justement, de l'évolution de la désinformation, qui peut ou doit être envisagée à cause de l'évolution de notre société et de la technologie. Nous allons faire cela pour l'ensemble des partenariats, tout en accordant une attention particulière au Proche-Orient.

Même si ce n'est pas la seule région concernée, le Proche-Orient présente un contexte extrêmement polarisé, dans lequel les tensions sont nombreuses. Beaucoup de courage est nécessaire pour faire entendre la voix de la non-violence, qui est en général celle de la société civile. C'est aussi une région où les risques d'instrumentalisation sont grands. Nous avons d'ailleurs déjà renforcé les contrats avec les organisations non gouvernementales israéliennes et palestiniennes, y compris, évidemment, avec l'institut qui gère le groupe de donateurs dont nous faisons partie. Tout cela se fait avec l'objectif essentiel de confirmer l'action de la Suisse dans la société civile, pour la société civile, pour les valeurs de démocratie, de paix et de non-violence.

C'est dans cet esprit que nous vous demandons de bien vouloir accepter la nouvelle version de la motion issue des travaux de la commission.

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Ich stelle fest, dass sich der Bundesrat dem Antrag der Kommission anschliesst, die Motion in abgeänderter Form anzunehmen.

Angenommen – Adopté